

Die Pläne zur Privatisierung der ÖBB fügen sich nahtlos an die Absegnung des EU-Reformvertrages an. Dieser, sowie die EuGH-Urteile der letzten

Plattform für  
**kämpferische & demokratische**  
Gewerkschaften

Monate bezüglich Arbeits- und Streikrecht, werden von der Gewerkschaftsführung zwar vage kritisiert, doch meinte Hundstorfer dazu, dass die Urteile auf Österreich keinen Einfluss haben. Wohl deswegen, weil die Spitzenfunktionäre keine Streiks haben wollen. Doch wird es vielleicht dazu kommen, dass die Kolleginnen und Kollegen gegen die ÖBB-Privatisierung kämpfen wollen und die ÖGB-Spitze zur Unterstützung von Kampfmaßnahmen zwingen werden. Dann könnte auch ein österreichischer Streik vom EuGH verboten werden, da es Klagen wegen Behinderung des freien Warenverkehrs geben könnte.

Wie wir sehen, ist doch nicht alles so zufriedenstellend, wie es uns die Gewerkschaftsführung vorgaukelt. Deswegen müssen wir schon jetzt Druck machen und zeigen, dass wir mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

**Zeigen wir ihnen gemeinsam, dass wir da nicht mitspielen.**

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat sich im Laufe der Streiks 2003 formiert und ist seither bei allen großen Auseinandersetzungen aktiver Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung.

**Für einen gemeinsamen EU-weiten Kampf gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen!  
Für den Erhalt unserer gewerkschaftlichen Rechte!**

Komm zu unserem nächsten Treffen!

**Montag, 5. Mai 2008 19<sup>00</sup> Uhr Amerlinghaus**  
Stiftgasse 8; 1070 Wien. Erreichbar mit den Linien U3, 2A, 48A und 49

Impressum: MEHV Michael Gehmacher, Castellezgasse 26/41; 1020 Wien

# Guten Morgen ÖGB! Zeit zum Aufstehen!

## Wir brauchen starke und kämpferische Gewerkschaften!

Die Sozialpartnerschaft schlägt wieder zu!

Willi Molterer will die ÖBB privatisieren!  
Willi Haberzettl spielt brav mit!

Um den von der EU geforderten freien Markt auch in der Infrastruktur zu gewährleisten, strebt die Regierung eine rasche Privatisierung der ÖBB an. Dazu soll die ÖBB „börsenfähig“ gemacht werden, was auch von der Gewerkschaft begrüßt wird.

Dies wird mit weiteren Angriffen auf die Beschäftigten verbunden sein.

- Weiterer massiver Stellenabbau.
- Schließung „unrentabler“ Nebenbahnen – dadurch Verlagerung des Verkehrs auf die Straße.
- Durch diese Verlagerung; Steigerung statt Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Belastung
- Reduzierung von Qualität und Service

Plattform für

**kämpferische & demokratische**  
Gewerkschaften

www.gewerkschaftsplattform.org  
wastun@gewerkschaftsplattform.org  
Tel: +43 650 / 408 23 85

## Was will Willi?

### Die geplante Vernichtung der ÖBB

**Der eine**, seines Zeichens Finanzminister und Vizekanzler, will den Personen- und Güterverkehr der ÖBB möglichst bald privatisieren.

**Der andere**, Nationalratsabgeordneter, stellvertretender Vorsitzender der vida und ÖBB Konzernbetriebsrat – um, aus Platzmangel, nur einige seiner Funktionen zu nennen – stimmt zu, dass die ÖBB „börsenfähig“ werden muss.

### Angriffe auf die ÖBB prolongiert

Wie der ÖBB-Fahrplan für die nächsten Jahre aussehen wird, ist nicht schwer zu erraten. Es gibt genügend Beispiele dafür, welche Maßnahmen ergriffen werden „müssen“, um staatliche Unternehmen „börsenfähig“ zu machen. Profitmaximierung auf Kosten der Beschäftigten und der KundInnen sollen InvestorInnen zeigen, dass es sich auszahlen wird ÖBB-Aktien zu kaufen.

Nach den ersten Schritten – der Zerschlagung der ÖBB in mehrere Teilgesellschaften und dem Abbau Tausender Arbeitsplätze – läßt die neue „Bahnoffensive“ weiterhin nichts Positives erwarten. Weitere Personalreduzierungen im Servicebereich (Einsparungen von FahrdienstleiterInnen und Ansprechpersonen auf den Bahnhöfen) sind sozusagen „schon auf Schiene“. Nach der letztjährigen Fahrpreiserhöhung und den laufenden Schließungen von Nebenbahnen – und damit der Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße – trägt dieser Schritt weder dazu bei, die Attraktivität der Bahn zu steigern, noch wird dadurch der CO2-Ausstoß verringert, sondern – im Gegenteil – noch gesteigert. Diese Maßnahmen dienen ausschließlich dazu, den Profit zu steigern, was scheinbar auch notwendig ist, nachdem das ÖBB Management mehrere hundert Millionen Euro verspekuliert hat.

### KundInnen und Beschäftigte tragen die Folgen

Was Bahnprivatisierungen für negative Auswirkungen haben, zeigen viele Beispiele in Ländern, in denen diese Schritte schon vollzogen wurden. Weitere Vernichtung Tausender Arbeitsplätze – die übrigen müssen meist Lohnkürzungen hinnehmen – und Einsparungen am falschen Platz führen zu erschreckender Reduktion von Qualität und Sicherheit. Die AktionärInnen streichen fette Gewinne ein und die öffentliche Hand muss immer höhere Zuschüsse gewähren.

Eine weitere fatale Folge der Bahn-Privatisierung wäre, dass damit ein großer Teil der Transportinfrastruktur der demokratischen Kontrolle entzogen und in die Hände der Großkonzerne und der besitzenden Klasse gelegt wird.

**Deswegen kann es auf die Privatisierungsgelüste der Politiker nur eine Antwort geben:**

**Finger weg von der ÖBB – Schluss mit den Angriffen auf KollegInnen und Fahrgäste!**

### Widerstand ist angesagt

Um diese Forderungen durchzusetzen ist es notwendig, gemeinsam Widerstand zu leisten. Dass die KollegInnen der ÖBB dazu fähig und bereit sind, haben sie schon 2003 gezeigt. Damals stand die Gewerkschaftsführung noch hinter dem Streik, bevor sie ihn frühzeitig abgewürgt hat. Heute stimmt die Gewerkschaftsführung den Maßnahmen, die in Richtung Privatisierung zeigen, zu.

Deswegen muss – auch ohne Zustimmung der vida-Spitze – gegen diese Pläne aufgetreten werden. Informationskampagnen, Betriebsversammlungen und – wenn nötig – Streiks sind adäquate Mittel, um sich gegen die Privatisierung zu stellen.

Da die Privatisierung der ÖBB negative Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung haben wird, ist Solidarität und Unterstützung der ÖBB-KollegInnen auf breiter Basis notwendig.